



Nach innen und außen »normalisieren«: Der Parteitag in Essen hat gezeigt, dass die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der AfD nicht beendet, wohl aber vorläufig stillgelegt sind.

Asphalt mit Lobby

Umlenkung von 20 Milliarden Euro vom Straßenbau für die Schiene. Minister macht es umgekehrt

5

Live aus Sonstwo

Fast so gut wie Tour-Gucken: Bachmann-Preis-Tage vor der Glotze. Von Peter Wawerzinek

10

Form und Gefühl

Lehrte Empfindsamkeit: Vor 300 Jahren wurde der Lyriker Friedrich Gottlieb Klopstock geboren

12

Profit auf Pump

Ungedeckter Wechsel auf die Zukunft: Über die kapitalistische Produktivkraftentwicklung

15

Millionen im Abseits

Kinderarmut ist in der BRD weiter auf historisch hohem Niveau. Passend zur Debatte verbreitet das Statistikamt am Montag schöner gerechnete Zahlen. **Von David Maiwald**

Keine Zahlenspiele mit Armut. »Jedes siebte Kind in Deutschland ist armutsgefährdet« teilte das Statistische Bundesamt am Montag mit. Demnach seien Kinder und Jugendliche von Eltern mit »niedrigerem« Bildungsabschluss überdurchschnittlich stark betroffen. Die »Armutgefährdungsquote« der unter 18jährigen hierzulande sei nach 15 Prozent im Jahr 2022 auf 14 Prozent gesunken, teilte die Behörde mit Verweis auf Ergebnisse der Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) mit.

Mit Erstergebnissen des präziseren Mikrozensus für das Jahr 2023 hatte der Paritätische Gesamtverband hierzu eine nicht mit dem Zusatz »gefährdet« verschleierte, »skandalös hohe« Armutsquote von 20,7 Prozent bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren festgestellt. Auch 2023 lebte also jedes fünfte Kind in Armut. Noch im Januar berichtete die Bertelsmann-Stiftung von rund drei Millionen armen Kindern in der BRD. 1,7 Millionen Alleinerziehende, die überwiegende Mehrheit davon Frauen, lebten mit ihren Kindern in Armut, teilte die Stiftung vergangenen Dienstag mit.

Viele Kinder und Jugendliche warteten hierzulande »bisher vergebens auf eine Verbesserung ihrer Situation«, erklärte die Präsidentin des Sozialverbands VdK am Montag gegenüber jW. Doch die Ampelkoalition lasse ihr »zentrales sozialpolitisches Projekt« – die Kindergrundsicherung – verkümmern«, kommentierte auch Christoph Butterwege am Montag gegenüber dieser Zeitung. Seit Beginn der Debatte sei diese »eine Hängepartie unter taktischen Gesichtspunkten innerhalb der Ampelkoalition«, sagte der Ungleichheitsforscher. Nicht zu verges-



Ob nun jedes siebte oder jedes fünfte Kind arm ist: die Ampelregierung verweigert ihnen die Unterstützung

sen: Während Verbände und Forscher mindestens 20 Milliarden Euro zur Bekämpfung von Kinderarmut fordern, räumt die Ampelkoalition höchstens 2,4 Milliarden Euro für eine Strukturreform ein.

Die Kindergrundsicherung müsse »Bedarfe der Kinder decken und bei den Familien ankommen«, nicht »im Klein-Klein parteipolitischer Interessen zerredet werden«, befand auch Verena Bentele. Doch auch die Debatte ist eine Farce: Während die Ampel von Sozialtats und Einzelplänen fabuliert, schließt sie Kinder von Asylsuchenden von vornherein von der Kindergrundsicherung aus. Gleichzeitig will Finanz-

minister Christian Lindner (FDP) den Freibetrag für Besserverdienende, der diese gegenüber armen Familien bereits deutlich bevorzugen, erhöhen. Die Neuberechnung des Existenzminimums für Kinder wolle Lindners Partei wohl auch noch verschieben, berichtete *Bild am Sonntag* mit Verweis auf »Verhandlungskreise«. Dass die Kindergrundsicherung wie geplant 2025 an den Start geht, »ist ohnehin Makulatur«, so Christoph Butterwege. »Und dabei hat sie ihre größte Klippe noch gar nicht umschiff: den Bundesrat mit Unionsmehrheit.«

Welche Zugeständnisse ein ausgemachter Sozialpolitiker wie Friedrich Merz dem ohnehin unsozialen Kurs

der Ampel abtrötzt, zeigt dann wohl der Vermittlungsausschuss. Die leidenschaftlich inszenierten Streitereien zwischen Regierung und »Opposition« zur »Schuldenbremse« lenken derweil von einer Besteuerung der Reichen in diesem Land ab. »Doch nur so kann im Grunde eine Bekämpfung von Kinderarmut erreicht werden, können dafür notwendige 20 Milliarden Euro als dauerhafter Haushaltsposten festgeschrieben werden«, so Butterwege. Kleines Zahlenspiel: Wie viele hundert Milliarden Euro hat die Abschaffung der Vermögenssteuer Mitte der 90er den Reichen wohl bis heute eingespielt?

Kiew: Umsturzversuch vereitelt

Kiew. Die ukrainischen Behörden haben nach eigenen Angaben einen Umsturzversuch verhindert. Eine Gruppe von »Störern« habe für den vergangenen Sonntag »Provokationen« in der Hauptstadt Kiew geplant gehabt, teilten der Geheimdienst SBU und die Staatsanwaltschaft am Montag mit. Unter anderem sollen sie vorgehabt haben, im Rahmen einer Demonstration das Parlament zu erobern und eine »provisorische Regierung« zu bilden. Gegen vier Männer werde ermittelt. Zwei seien vorläufig festgenommen worden. Bei Razzien seien Waffen und Munition entdeckt worden. Den Verdächtigen drohen bis zu zehn Jahre Gefängnis. Seit dem russischen Einmarsch im Februar 2022 ist das Regierungsviertel in der Hauptstadt Kiew Hochsicherheitsgebiet und nicht mehr frei zugänglich. Aufgrund des geltenden Kriegsrechts ist zudem das Demonstrationsrecht eingeschränkt. (dpa/jW)

Behörde: Rund 360 Beamte unter Verdacht



Berlin. Offenbar gibt es bei 364 Beschäftigten deutscher »Sicherheitsbehörden« konkrete Anhaltspunkte für »verfassungsfeindliche rechtsextremistische« Tendenzen. Dies geht aus dem am Montag veröffentlichten dritten »Lagebericht Rechtsextremismus« des Bundesamtes für Verfassungsschutz hervor. Darin umfasst der Inlandsgeheimdienst des Bundes erstmals auch die Bereiche »Reichsbürger«, »Selbstverwalter« und der »verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates«. Betrachtet wurde demnach der Zeitraum vom 1. Juli 2021 bis zum 31. Dezember 2022. Mehr als die Hälfte der Fälle seien bereits im letzten Lagebericht ausgewiesen worden. Die häufigsten Gründe für Anhaltspunkte waren im aktuellen Bericht »extremistische Äußerungen« in Chats und in sozialen Medien. Auch Kontakte zu oder Mitgliedschaften in »extremistischen« Organisationen und Parteien wurden registriert. (AFP/jW)

Frankreich wählt rechts

Nach Sieg von Le-Pen-Partei: Linke Volksfront und Macron-Lager kündigen Kooperation an

Franchreich hat sich entschieden: Emmanuel Macron muss weg. Das Bündnis des amtierenden Präsidenten mit dem Namen »Ensemble« landete beim ersten Durchgang der vorgezogenen Parlamentswahlen am Sonntag mit rund 22 Prozent der Stimmen auf dem dritten Platz. Zwar kann Macron trotzdem bis 2027 Präsident bleiben, das schlechte Ergebnis markiert aber das endgültige politische Scheitern seines Projekts.

Knapp 28 Prozent der Stimmen konnte das linke Bündnis Nouveau Front Populaire (NFP) unter der Füh-

rung von Jean-Luc Mélenchon auf sich vereinen. Der NFP hatte sich nach der Auflösung der Nationalversammlung durch Macron im Anschluss an das desaströse Wahlergebnis für dessen Partei bei den EU-Wahlen am 9. Juni zusammengefunden.

Der eindeutige Wahlsieger war, wie erwartet, der Rassemblement National (RN). Die rechtsnationale Partei von Marine Le Pen wurde mit 33 Prozent stärkste Kraft. Laut dem Meinungsforschungsinstitut Ipsos erhielt die Partei besonders viele Stimmen von Arbeitern und Menschen ohne höheren Bildungs-

abschluss, wie *dpa* berichtete. Unter jungen Wählern war der linke NFP erfolgreicher als der RN, so *Reuters*.

Nach Bekanntwerden der Ergebnisse kam es in mehreren Städten zu Protesten gegen die extreme Rechte. In Paris folgten Hunderte Menschen einem Aufruf des Linksbündnisses. Auch in Nantes, Dijon, Lille und Marseille kam es zu Kundgebungen und Protestmärschen.

Bei den Stichwahlen am kommenden Sonntag, bei denen sich entscheidet, wie viele Sitze die Blöcke in der Nationalversammlung erhalten, hofft der RN,

die absolute Mehrheit zu erreichen. Nur dann will Parteichef Jordan Bardella für das Amt des Premierministers kandidieren. In diesem Fall droht zudem ein gelähmtes Parlament, da der RN Gesetzesvorhaben blockieren könnte.

Vor diesem Hintergrund kündigten Ensemble und NFP am Montag an, Kandidaten in Wahlkreisen zurückziehen zu wollen, in denen man auf dem dritten Platz gelandet sei, um sich nicht gegenseitig zu schwächen und eine absolute Mehrheit des RN bei den Stichwahlen zu verhindern. **Karim Natour**

■ Siehe Seiten 7 und 8

jW wird herausgegeben von 2.819 Genossinnen und Genossen (Stand 25.6.2024)
www.jungewelt.de/lpg

